

Sensation in Sitzkissengröße: Der »Sputnik«

60 Jahre nach dem Start des ersten sowjetischen Erdsatelliten steht der kosmischen Rohstoffgewinnung nur noch die ungelöste Transportfrage im Wege. Seite 25

Abbildungen: akq/Gus Regalado, Deep Space Industries/Bryan Versteeg

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 2./3. September 2017

72. Jahrgang/Nr. 205

Bundesausgabe 2,30 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Atomraketen statt Diplomaten

Klaus Joachim Herrmann
über das Verhältnis USA–Russland

Die Beziehungen USA-Russland drohen sich bereits nach der mörderischen Formel zu entwickeln, dass Atomraketen Diplomaten ersetzen. Schon geht es bei diesen Großmächten Schlag auf Schlag. Über alle Rechenkunststückchen und berechnete wie unberechtigte Anschuldigungen hinweg verschärft sich der Eindruck einer beschleunigten Rückkehr zu den Handlungsmustern des Kalten Krieges.

Der Vertrag über die Abrüstung der atomaren Mittelstreckenraketen wurde einst als dessen Ende gefeiert. Wenn er faktisch oder formell aufgekündigt werden sollte, würde das zwangsläufig die Wiederbelebung von Konfrontation und Wettüben bedeuten. Wenn dieser Vertrag fällt, sind auch andere nicht mehr sicher.

Doch weder Hochrüstung noch eine Verstärkung der NATO-Truppen an den russischen Grenzen wird Europa sicherer machen – nicht einmal die USA. Gerade deren ungeliebter Präsident wagte dieser Tage beim Besuch seines finnischen Amtskollegen den öffentlichen Hinweis, dass es gut für den Weltfrieden wäre, käme man mit Russland zurecht. Er hoffe »eines Tages« auf gute Beziehungen.

Die Botschaft sollte gehört werden. Es war aber wohl gerade diese vernünftigste seiner politischen Absichten, die ihm daheim die größten Schwierigkeiten mit Freund und Feind bescherte. Auch der Aufmarsch der Generäle in seiner Administration macht nicht gerade Hoffnung auf Vorrang der Diplomatie.

UNTEN LINKS

Deutschland fiebert der TV-Plauderrunde zwischen Angela Merkel und Martin Schulz entgegen. Beim sogenannten **Kanzler-Duell** passen gleich vier Journalisten auf, dass sich die beiden Plaudertaschen wenigstens ein bisschen duellieren und nicht gähnende Harmonie-Langeweile ausbricht wie bei Rosamunde Pilcher. Immerhin müssen die Duellanten etwas bieten, denn beispielsweise auf dem ARD-Kanal warten ungefähr zehn Millionen missmutige »Tatort«-Fans darauf, was ihnen statt des wöchentlichen Kultkrisis untergejubelt wird. Vor allem Martin Schulz steht vor der schwierigen Aufgabe, in seinen knapp 45 Minuten Redeanteil 15 Prozent Rückstand aufzuholen. Also alle drei Minuten ein Prozent. Dafür gibt es, wie wir erfahren, einen Geheimplan: Schulz ändert sein Outfit. Er wird das neue Parteisymbol tragen, das schon viele Ladenhüter zu Bestsellern machte, die bis dahin wie Blei in den Regalen lagen. Zum Kanzler-Duell kommt Martin Schulz als Einhorn. *wh*

Syrischer Kick

Fans jubeln im Exil: Noch ein Sieg und ihr Team könnte zur Fußball-WM 2018 fahren



Syrische Kicker in Siegerstimmung vor leeren Rängen im malaysischen Fußball-Exil

Foto: imago/Imaginechina

Malakka. Es ist ein kleines Wunder, das die syrische Fußballnationalmannschaft dieser Tage vollbringen kann: Am Donnerstagabend gewannen die Kicker des kriegsgeplagten Landes ihr WM-Qualifikationsspiel gegen Katar mit 3:1. Läuft alles ideal, kann sich die Mannschaft am kommenden Dienstag für die WM-Endrunde 2018 qualifizieren.

Wie immer in den letzten sechs Jahren musste die syrische Auswahl im Ausland antreten, diesmal im malaysischen Malakka. Ein Heimspiel, 7000 Kilometer von der Heimat entfernt. Nur wenige Hundert Zuschauer verloren sich auf den Rängen, wie unser Reporter

Tom Muströph berichtet – größtenteils Exilsyrer, die zum Team hielten, obwohl die Nationalelf als »Assad-Mannschaft« gilt. Der syrische Fußballverband hat seinen Sitz in Damaskus. In Malakka jubelten die Zuschauer à la Barack Obama. »Yes we can!«, lautete ihr Schlachtruf beim Sieg gegen Katar, während viele geflüchtete Syrer weiterhin auf ein Ausscheiden der »Regime-Fußballer« hoffen.

Die Nationalspieler sehen es pragmatisch: »Wenn wir nur an die Vergangenheit denken, dann sitzen wir zu Hause und weinen«, sagt Kapitän Firas Al Khatib gegenüber »nd«. Er hatte aus Protest vier Jahre lang nicht für Syrien ge-

spielt, nun trägt er wieder das rote Trikot der Auswahl. »Wir wollen an die Zukunft denken und unser Land aufbauen!«

Auf den Straßen von Damaskus und Aleppo wurde am Donnerstagabend gefeiert – so jedenfalls lassen es etliche Jubelfotos auf Twitter und Facebook vermuten. Syriens Fußballer streben Historisches an: Gelingt am kommenden Dienstag in Teheran im letzten Gruppenspiel gegen die bereits qualifizierten Iraner ein Sieg, könnte sich Syrien erstmals für eine WM-Endrunde qualifizieren – ausgerechnet für das Turnier in Russland 2018. *nd*

Seite 11

Ausgewogene Eskalation USA–Russland

Streit um den Mittelstreckenvertrag erreicht die NATO / Washington lässt Konsulat schließen

Die Beziehungen USA–Russland verschlechtern sich zusehends. Dem diplomatischen Schlagabtausch droht nun auch eine neue Rüstungsrunde zu folgen.

Von Klaus Joachim Herrmann

Die eisigen Beziehungen zwischen den USA und der NATO sowie Russland könnten sich im Streit um die Einhaltung des Abkommens über nukleare Mittelstreckensysteme (INF) weiter verschlechtern. Nach Informationen von »Süddeutscher Zeitung«, NDR und WDR vom Freitag soll ein geheimes NATO-Papier 39 mögliche Reaktionen auf angebliche russische Verstöße auflisten, darunter den Ausbau der nuklearen Abschreckung. Es könnten mehr Frühwarnsysteme installiert, die U-Boot-Abwehr verstärkt und B-2- und B-52-Bomber häufiger in Europa eingesetzt werden.

Ein NATO-Sprecher bestätigte formelle Gespräche darüber in der

Allianz. Die Vorwürfe lassen auf das Pentagon als Urheber schließen. Denn die Anschuldigungen, Russland verstoße gegen die INF-Bestimmungen aus dem Jahre 1987, stammen von den USA und sind nicht neu. Dort verbreitete im Frühjahr der Generalstab, Moskau stationiere landgestützte nuklearwaffenfähige Marschflugkörper mit einer – verbotenen – Reichweite von mehr als 500 Kilometern. Prompt forderte der Kongress Gegenmaßnahmen.

Moskau seinerseits beteuert Unschuld und Vertragstreue, beschuldigt aber den Vertragspartner, gegen die von Präsident Ronald Reagan und Generalsekretär Michail Gorbatschow ausgehenden Punkte selbst zu verstoßen. So verletze der Pakt den INF-Vertrag vor allem mit Raketenabwehranlagen in Rumänien. Das soll laut Experten auch für die Entwicklung eines landgestützten, mobilen, atomwaffenfähigen US-Marschflugkörpers gelten.

Nicht einmal in der Beurteilung der jüngsten diplomatischen Maßnahmen können sich Washington und Moskau noch einigen. Die für Samstag verfügte Schließung des Generalkonsulats Russlands in San Francisco und

»Natürlich werden wir hart reagieren.«

Sergej Lawrow, Außenminister Russlands

seiner Handelsvertretungen in Washington und New York innerhalb von nur 48 Stunden nannte das US State Department bei der Verkündung am Donnerstag »ausgewogen«. Der Chef des russischen Außenamtes, Sergej Lawrow, sprach von einer »Eskalation der Spannungen« und kündigte eine »harte Reaktion« an.

In der Diplomatie dreht sich bereits die Spirale der Eskalation.

So wird das laut russischen Diplomaten »unfreundliche« Vorgehen von den USA als Retourkutsche dargestellt. Es handele sich dabei um die Antwort auf den von Moskau verfügten und fristgemäß zum 1. September erfolgten Abbau von 755 Mitarbeitern in US-Vertretungen in Russland.

Russland erklärte dies zu einem »Vorschlag« aufgrund der provokanten Ausweisung von 35 russischen Diplomaten durch den scheidenden US-Präsidenten Barack Obama im Dezember des Vorjahres. Vorwand dafür waren bis heute unbewiesene russische Hackerangriffe und Moskauer Einflussnahme auf den Wahlkampf.

Vergeblich hatte Moskau ein gutes halbes Jahr auf die Einlösung der Wahlkampfkündigung des Präsidenten Donald Trump gehofft, für Tauwetter sorgen zu wollen. Stattdessen verhängte der Kongress per Gesetz neue Sanktionen, die von Trump unterzeichnet wurden. *Mit Agenturen*



Serie zur Wahl

Das ist gerecht! Echt?

Im Wahlkampf reden Politiker viel über Gerechtigkeit. Sie verstehen darunter allerdings oft ganz Unterschiedliches. In einer Serie erkunden wir, was gemeint ist, wenn von Gerechtigkeit die Rede ist. Und wir haben Bürgerinnen und Bürger gefragt, was für sie wirklich wichtig ist, was sie politisch bewegt. *Seiten 4 und 5*

Berlin will Spekulation stoppen

Bausenatorin Lompscher setzt künftig stärker auf das Planungsrecht

Berlin. Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (LINKE) will mit dem Planungsrecht den Verkauf von Immobilien der Deutschen Bahn in der Hauptstadt zum Höchstpreis erschweren. »Man hat mit solchen Instrumenten die Chance, tatsächlich Spekulationen etwas entgegenzusetzen«, erklärte Lompscher dem »neues deutschland«. Wegen der rasant steigenden Baulandpreise hatte Rot-Rot-Grün zuletzt beim Güterbahnhof Köpenick angekündigt, eine sogenannte Verkaufrechtsverordnung zu erlassen. »Sowohl die Bahn als auch der Bund sind bei ihrer Liegenschaftspolitik immer noch dem Höchstpreisprinzip verpflichtet. Deshalb können wir hier nur mit Planungsrecht oder anderen städtebaurechtlichen Instrumenten deutlich machen, dass die Planungshoheit bei der Kommune liegt«, erklärte Lompscher.

Die Stadtentwicklungssenatorin kündigte im »nd« an, auch bei den Bahnflächen am Westkreuz die Planungshoheit der Kommune zu nutzen. Für den geplanten Park in Charlottenburg soll jetzt der Flächennutzungsplan geändert werden, um die Bahnfläche in eine Grünfläche umzuwandeln. Ursprünglich wollte ein Investor auf dem Areal hochfliegende Wohnungsbaupläne verfolgen. *mkr*

Seite 13

FARC-Guerilla ist jetzt Partei

Gründungskongress in Bogotá setzt bewaffnetem Kampf ein Ende

Bogotá. Als revolutionäre Volkspartei mit Rosen-Logo geht die frühere kolumbianische Guerillagruppe FARC auf Stimmengang. Die Partei wollte ihren neuen Namen und ihr neues Emblem am Freitagabend bei einer Zeremonie in der Hauptstadt Bogotá vorstellen.

Bei einem Gründungskongress in Bogotá stimmte eine Mehrheit der Delegierten am Donnerstag (Ortszeit) für den neuen Namen Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común (Alternative Revolutionäre Kraft des Volkes). Die Abkürzung FARC, die an mehr als 50 Jahre des blutigen Kampfes gegen Regierung und Paramilitärs erinnert, bleibt damit bestehen. Ein Teil der 1200 Delegierten war für den neutraleren Namen »Neues Kolumbien« (Nueva Colombia), konnte sich mit diesem Vorschlag aber nicht durchsetzen.

Bei dem Gründungskongress wurde auch das neue Logo der linksgerichteten Partei enthüllt: eine stilisierte rote Rose mit Stern als Blütenstempel, darunter in grünen Großbuchstaben die Abkürzung FARC. Das Emblem ist an das der Sozialistischen Internationalen angelehnt – eine rote Rose in einer weißen Faust. Bei der Parlamentswahl im kommenden Jahr will die FARC erstmals antreten. *AFP/nd*

Seite 6

ISSN 0323-3375

